

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

2 (8.1.1947)

DER NEUE TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahrgang

FBSW

Mittwoch, 8. Januar 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Frankreich vor der Präsidentenwahl

Preissenkung bringt Erleichterung - aber wie wird die nächste Regierung aussehen?

Paris (Rheina). In der vergangenen Woche ist in Frankreich eine zehnfache Kursänderung vorgenommen worden, und zwar auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet. Die Regierung Blum hat der Tendenz zu einer weiteren Steigerung der Preise sowie den unablässigen Forderungen auf Lohnerhöhung einen Riegel vorgeschoben.

Ihre Verordnungen hinsichtlich einer Preissenkung von 5 Prozent sind tatsächlich in Kraft getreten, und die Auswirkungen sind sogar auf dem Schwarzmarkt feststellbar. Eines ist sicher: sie haben den Zweck erreicht, eine vollkommene Aenderung der Atmosphäre herbeizuführen. Niemand will sich heute mehr daran erinnern, daß er sich aktiv an der Preistreibererei beteiligte, und sämtliche wirtschaftliche Organisationen, ja sogar jene, die im vergangenen Juni ein Emporschnellen der Getreidepreise auf beinahe das Doppelte veranlaßt hatten, verkünden heute laut, daß sie nie aufgehört haben, die Teuerung zu bekämpfen.

Grundsätzlich muß die Regierung Léon Blum allerdings in rund zehn Tagen, wenn der Präsident der Republik gewählt worden ist, zurücktreten. Die beiden großen Parteien, die im Augenblick ausgeschaltet sind, das MRP und die Kommunistische Partei, werden beide sich wieder an der Regierung beteiligen wollen; es dürfte jedoch nicht sehr wahrscheinlich sein, daß man auf das ehemalige Dreiparteiensystem zurückkommen wird, da es mit seiner Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens ein zu schlechtes Andenken hinterlassen hat.

Das MRP und die Kommunistische Partei werden also kaum gemeinsam in der Regierung vertreten sein. Zwei Möglichkeiten für die Bildung der neuen Regierung kommen praktisch in Betracht und werden zueinander in Gegensatz stehen: der kommunistische Führer Jacques Duclos empfahl im Verlauf eines vor kurzem erteilten Interviews eine „Regierung der demokratischen Konzentration“, die sich auf den Zusammenschluß von Sozialisten und Kommunisten stützen würde. Zwecks Vervollständigung der Mehrheit würde man versuchen, einige ehrliche Republikaner aus dem „Zusammenschluß der Linksparteien“ hinzuzuziehen, sowie einige Christlich-Sozialisten, die wirklich von sozialistischen Ideen durchdrungen sind, vom linken Flügel der MRP. Dem Plan zu einer derartigen Regierung stehen andere Vorschläge gegenüber, die z. B. die Sozialisten mit dem MRP und dem Zusammenschluß der Linksparteien kombinieren, was ein Wiederaufleben des ehemaligen Blocks der Mittelparteien bedeuten würde.

Anlässlich der Wahl des Präsidenten der Republik, die am 16. Januar stattfindet, wird aus den Wahlbündnissen und den Kontakten, die bei dieser Gelegenheit getätigt werden, deutlich zu ersehen sein, welche politische Struktur die neue Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach haben wird.

Englands Schulden an Aegypten

Kairo. England sollte seine ungeheuren Schulden an Aegypten durch Rückzahlung der Suezkanal-Aktien, die es einst dem Khediven Ismail

Deutschland-Rundschau

ZUR PRUEFUNG DER ABRUESTUNG Deutschlands trat am Montag eine alliierte Kommission in Berlin zusammen. Sie wird ganz Deutschland bereisen.

FRANZ VON PAPAN wird noch diesen Monat, voraussichtlich in Nürnberg, vor die Spruchkammer gestellt werden.

DER NAZIJURIST Karl Westphal beging im Nürnberger Gerichtsfängnis Selbstmord.

GEFANGENE KRIEGSVERBRECHER werden künftig nicht mehr als Kriegsgefangene behandelt werden.

GENE DIE BOMBENATTENTAEUER von Stuttgart begangen vor dem amerikanischen Militärgericht der Prozeß.

DER EINHEITSAUSSCHUSS der drei Parteien in der Sowjetzone empfiehlt den Landtagsfraktionen der Bundesländer, die Verfassungen dieser Länder auf Grund der Verfassung Thüringens zu vereinheitlichen.

IM NEUEN JAHR werden in Berlin die Stromzuführungen für Industrie-, Handels- und Gewerbebetriebe gekürzt. Je nach der Dringlichkeitseinstufung des Betriebs geht die Kürzung von 5 bis 40 Prozent. Gleichzeitig wird die Haushaltszuführung um 25 Prozent gesenkt.

EINE WOCHENZEITUNG DES FDGB, die „Tribüne“, erscheint künftig in einer Auflage von 300.000 Exemplaren für die ganze sowjetische Besatzungszone.

DIE KOHLENFORDERUNG in Sachsen-Anhalt hat mit etwa 4,3 Millionen Tonnen Rohkohle nahezu die Grenze der technischen Möglichkeiten erreicht.

EINE EINBRECHERSCHULE wurde von der Eisenacher Kriminalpolizei geschlossen, in der Jugendliche für Einbrüche auf Rechnung ihres Lehrers „geschult“ wurden.

EINE FACHSCHULE FUER WIRTSCHAFT und Verwaltung wird von der deutschen Zentral-Verwaltung für Volksbildung im Frühjahr in Dessau eröffnet werden.

DIE LANDTAGSWAHLEN in den Ländern der britischen Zone sind auf den 30. März festgesetzt worden.

DAS VERWALTUNGSAMT FUER WIRTSCHAFT in Minden hat am 1. Januar die Wirtschaftsverwaltung der britischen und amerikanischen Zone übernommen.

AUF DER NAECHSTEN SITZUNG des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin soll nach den Vorschlägen der SED und der CDU die neue Landesverfassung beraten werden.

abgekauft hat, beglichen, schreibt in der Zeitung „Al Misri“ Senator Mahmad Abul Fath, der darauf hinweist, daß Großbritannien Aegypten über 450 Millionen Pfund Sterling schuldet und Inhaber von 176 000 Suezkanal-Aktien ist, für die es im Jahre 1875 dem Khediven 100 Millionen Goldfranken bezahlt hatte. Der Senator hebt zur Bekräftigung seiner Auffassung hervor, daß Großbritannien anlässlich eines kürzlich abgeschlossenen Abkommens sich damit einverstanden erklärt hat, seine Investitionen in ägyptischen Eisenbahngesellschaften an Aegypten auf Schuldkonto abzutreten.

Zur Saarfrage

Saarbrücken. Vertreter der französischen Regierung des Saargebietes führen für den Wunsch der deutschen Bevölkerung auf wirtschaftliche Vereinigung mit Frankreich die Stellung der politischen Parteien an. Bei den letzten Gemeindevahlen führten die Christliche Volkspartei (53 Prozent der Stimmen) und die SPD (25 Prozent) den Wahlkampf unter dem Schlagwort „Wiedervereinigung mit Frankreich“. Demgegenüber erhielt die Kommunistische Partei, die sich als einzige Partei vorbehaltlos für Deutschland einsetzte, nur 8 Prozent der Gesamtstimmen.

SED und SPD auf einer Linie

Ebenso wie die SED hat auch die SPD Groß-Berlins ihr Bedauern über den Schritt Frankreichs ausgedrückt. Der Reichsvorstand der SPD in Man-

nover hat in einem Telegramm an die Sozialistische Partei Frankreichs sein Bedauern zu der französischen Entscheidung in der Saarfrage ausgesprochen.

Die Antifaschisten gegen Loritz (WAV)

München. „Der Landesauschuß der politischen Verbände in Bayern erhebt gegen die programmatische Erklärung des Herrn Staatsministers für Sonderaufgaben, Alfred Loritz, zur Entnazifizierung entschieden Protest“, heißt es in einem der Dema vom Landesauschuß am Freitag übermittelten Protestschreiben, das aber von der WAV von allen vier Parteien und vom bayrischen Hilfswerk unterschrieben ist. „Bei allem Verständnis gegenüber einem durch Erpressermethoden in die NSDAP gezwungenen kleinen Personenkreis bedauere es eine Verkennung der Tatsachen, von Millionen von Mitmenschen zu sprechen, die nach 1933 in die NSDAP getrieben wurden und infolgedessen auch als „unglückliche Opfer des Naziterrors“ zu betrachten sind. Die Tatsache, daß sich nach der „Machtübernahme“ Millionen Deutscher aus Konjunkturgründen um die Aufnahme in die NSDAP bewarben und die Partei infolge des nicht zu bewältigenden Andrangs eine längere Aufnahmeprobe verhängen mußte, ist noch nicht vergessen und soll auch im Interesse der geschichtlichen Wahrheit nicht in Vergessenheit geraten.“

Müller (CSU) gegen Ehard (CSU)

München. Die „Süddeutsche Zeitung“ meldet, daß der Landesvorsitzende der CSU, Dr. Müller, voraussichtlich die Führung der Opposition gegen die Regierung Ehard (CSU) übernehmen wird. Bruderzwist im Hause Habsburg?

Neuer Tillessen-Prozeß in Konstanz

Freiburger Entscheidung rechtsungültig - Hiller-Amnestie verfassungswidrig

Rastatt. In der Schlussverhandlung des Rastatter Hohen Gerichts gegen den Erzberger-Mörder Tillessen wurde das Urteil verurteilt. Danach wird das in Freiburg gefällte Urteil - Verfahrenseinstellung wegen Anwendbarkeit der Amnestie-Verordnung vom 21. März 1933 - aufgehoben. In der Urteilsbegründung des Tribunal Général heißt es, daß das Freiburger Urteil im Widerspruch zum Gesetz Nr. 10 des Alliierten Kontrollrates, das anzuwenden sei, stehe. Ferner wurde die Amnestie vom März 1933 für ungültig erklärt, weil sie im Widerspruch zu der damals noch geltenden Weimarer Verfassung stand. Die Anwendung der Amnestie wurde sämtlichen Behörden und Verwaltungsstellen verboten. Das Verfahren wurde zur Neuverhandlung an das Landgericht Konstanz überwiesen.

SPD gegen Arbeitermehrheit

Regierung Stock in Hessen ohne KPD

Wiesbaden. Die neue hessische Regierung wurde ausschließlich von SPD und CDU gebildet. Sie setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident Stock (SPD), Stellvertreter und Finanzminister Hilpert (CDU), Inneres Zinnkann (SPD), Justiz Zinn (SPD), Kultus und Unterricht Stein (CDU), Wirtschaft und Verkehr Koch (SPD), Landwirtschaft und Ernährung Lorberg (CDU), Arbeit und Wohlfahrt Arndtgen (CDU), Säuberung Binder (SPD). Somit ist in Hessen, dessen Landtag eine Mehrheit von SPD und KPD aufweist, durch die Führung der SPD die zweite Arbeiterpartei aus der Regierung ausgeschaltet. Hierzu erklärte der Fraktionsvorsitzende der KPD im Landtag, Gen. Leo Bauer: „Die Kommunistische Partei stellt fest, daß die Sozialdemokratie als stärkste Partei Hessens sich dem Diktat der CDU gefügt hat, die von vornherein die Ausschaltung der KPD verlangte, um dadurch die linke Mehrheit unwirksam zu machen.“ Bereits früher hatte Gen. Walter Fisch, Landesvorsitzender der KPD, in einem Brief an den Landesvorsitzenden der SPD festgestellt, daß die Bildung einer Zweiparteienkoalition SPD-CDU bedeute, daß die Sozialdemokratische Partei im Begriffe stehe, den politischen Auftrag ihrer Wähler zu mißachten. Gen. Fisch bezeichnete es als „un glaublichen Widersinn“, wenn in einem Lande mit Arbeitermehrheit die entscheidenden Ministerien wie Wirtschaft, Ernährung und Kultus der CDU überlassen würden. Inzwischen ist dieser unglaubliche Widsersinn zum Schaden der Arbeiterklasse und des Fortschritts Tatsache geworden.“

Sammlung der Reaktion

Erklärung der KPD zur bayrischen Regierung

München. Die Landesleitung Bayern der KPD hat zur Bildung der neuen Regierung eine Erklärung abgegeben; sie stellt fest, daß sich nunmehr alle reaktionären und volksfeindlichen Kräfte zusammengesunden haben, und zwar sei dies das zwangsläufige Ergebnis der Högnerschen Koalitionspolitik um jeden Preis mit dem reaktionären Teil der CSU. Die Wahl des Führers der WAV, Dr. Alfred Loritz zum Säuberungsminister ist ein Schlag gegen eine gerechte Entnazifizierungspolitik

und beweist die Grundsatzlosigkeit der Kreise in CSU und SPD, die Loritz erst wütend bekämpften und sich jetzt völlig mit ihm einigen.

Allüren eines Hitler

Aachen. Die „Aachener Nachrichten“ veröffentlichten die Austrittserklärung des Bürgermeisters von Walheim, seines Stellvertreters und dreier Gemeinderäte aus der CDU. Diese begründen ihren Schritt mit dem Mangel an Demokratie und innerer Klarheit in dieser Partei und damit, daß sich „in der CDU Leute in leitende Stellungen zu bringen gewußt hätten, die die Allüren eines Hitler an sich haben“. Die Zeitung verzichtete auf auf jeden Kommentar. Wir auch.

Berlin soll Hauptstadt bleiben

Berlin. Unter dem Beifall aller vier Parteien erklärte der Berliner Oberbürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung, daß Berlin auch weiterhin die Hauptstadt Deutschlands bleiben müsse.

Gen. Goldhammer an die Universität Berlin berufen

München. Der bisherige bayrische Landes-Sekretär der KPD, Bruno Goldhammer, wurde von der Zentralverwaltung für Volksbildung in der russischen Besatzungszone in Deutschland nach Berlin berufen. Gen. Goldhammer wird einen Lehrauftrag für Bibliothekswesen an der Berliner Universität übernehmen.

Weltgewerkschaftsbund in Baden

Die Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes werden auf ihrer Deutschlandreise auch Baden besuchen. Im Januar sollen die Besichtigungen großer Industriewerke in Konstanz beginnen, und über Singen, Rheinfelden, Wiesental, Freiburg bis Guggenau führen. Die Arbeiterschaft wird dabei Gelegenheit haben, die schwere Lage der Werktätigen den internationalen Gewerkschaftsvertretern vorzutragen.

Erwin Eckert

Verfassung für Südbaden?

Verfassungen sind keine zukunftsgestaltenden Programme, sondern Zusammenfassungen der für eine bestimmte Zeitperiode wesentlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten für ein Gebiet zu einem alle Staatsbürger verpflichtenden Grundgesetz, zu einer für die Gegenwart gültigen Ordnung. Ihr Inhalt ist der Niederschlag der jeweiligen, in Uebergangszeiten schnell wechselnden Machtverhältnisse und Klassenschichtungen, die durch die Tätigkeit der politischen Organisationen in Erscheinung treten. Eine neue Verfassung hat nur dann Aussicht auf Bestand und Wirkung, wenn sie der Ausdruck einer bereits vollzogenen Strukturveränderung der Gesellschaft ist. Sie kann für eine gewisse Zeitspanne Bedeutung und Gewicht haben, wenn die fortschrittlichen, vorwärts drängenden politischen Gruppen stark genug sind, entscheidenden Einfluß auf ihren Inhalt auszuüben und die Durchführung ihrer Bestimmungen zu garantieren.

Wer aber möchte so kühn sein, zu behaupten, daß wir heute in Deutschland auch nur die Umrisse einer sich durchsetzenden einheitlichen Neuordnung festzustellen vermögen? Wer könnte mit gutem Gewissen behaupten, daß die wirtschaftliche Macht der Totengräber der Weimarer Demokratie und der Einfluß des kapitalistischen Generalstabes der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft endgültig ausgeschaltet sind?

Die Kommunistische Partei hat deshalb schon bei den ersten Gemeinde- und Kreisratswahlen, die in der amerikanischen Zone stattfanden, ihre grundsätzlichen Bedenken gegen eine zu früh einsetzende Formgebung des politischen Lebens in den einzelnen Ländern und Provinzen zum Ausdruck gebracht. Man kann so kurze Zeit nach den 12 Jahren totaler politischer Entmündigung, nationalsozialistischer Propaganda und Phrasologie von unserem Volke noch keine selbständige, aus einer zulänglichen Analyse der neuen Situationen Deutschlands erwachsene politische Meinungs- und Willensbildung erwarten. Die Zeit seit dem Zusammenbruch bis zu den Wahlen war viel zu kurz, um den Schutt zerschlagener Vorstellungen und Meinungen aus den Hirnen wegzuräumen, ihre Auffassungen und Zielsetzungen, durch sachliche Argumente erhärtet, den Wahlberechtigten nahezubringen, ganz abgesehen von den großen Schwierigkeiten, die vor allem die durch den Hitlerterror völlig vernichteten Arbeiterparteien bei ihrer Neugründung überwinden mußten.

Die sich infolge des brutalen Versuchs, die zum Untergang bestimmte bürgerlich kapitalistische Ordnung mit den Mitteln des Terrors und des Krieges zu retten, beschleunigt vollziehende soziale Umschichtung unseres Volkes, die völlige Veränderung seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse sind trotz aller greifbaren Tatsachen den meisten bis auf den heutigen Tag noch nicht bewußt geworden. Breite Schichten unseres Volkes geben sich der Illusion hin, es sei ohne eine entscheidende Umgestaltung der ökonomischen und staatlichen Ordnung, ohne eine grundlegend neue geistige Haltung ein Aufbau Deutschlands, die Sicherung der Existenz unseres Volkes möglich.

Es wird noch einige Zeit vergehen, bis die Not und die Ausweglosigkeit unserer Lage die über-

Ein Mann auf Amtswegen



II. Am ersten Schalter schon, o Schreck. Weist man ihn barsch zum nächsten weg ...

Die unheilige Allianz
Nach der Niederwerfung Napoleons bildeten unter dem Einfluß der bigotten Frau von Krüdener der russische Zar, das Oesterreich Metternich und das Preußen der Friedrich-Wilhelmschen Reaktion die sogenannte „Heilige Allianz“ zur Niederwerfung aller fortschrittlichen Bewegungen in Europa.

Nach der Niederwerfung Adolf Hitlers beobachtete die Arbeiterschaft mit wachsender Beunruhigung ein Bündnis, das sich ähnlich unheilvoll auszuwirken droht. Noch ist es dem Anschein nach auf die innerdeutsche Politik beschränkt, das Bündnis gewisser Führer der Sozialdemokratie mit den Sützen des Großkapitals und der Großgrundbesitzer. In Bayern machten die beiden Högner und Hundhammer — den Anfang. Nun ist nach dem Besuch ihres Führers Dr. Knothe in England die hessische Sozialdemokratie gefolgt. Man bedenke: die Arbeiterparteien verfügen über eine stabile Mehrheit im neuen Landtag. Dessen ungeachtet bildet die SPD eine Regierung Stock mit der CDU unter Ausschluß der Kommunisten. Es ist dies ein weiterer Schritt aus der Solidarität der Arbeiterklasse heraus, nachdem der Kompromiß über Art. 41 vorangegangen war, in dem die SPD die größte Industrie des Landes, die chemische, in den Händen ihrer kriegsverdienenden Kapitalisten beließ. Es ist die Krönung einer Politik der Kommunifreundlichkeit, die überall dort von der Sozialdemokratie betrieben wird, wo der Einfluß der englischen Labour-Party hinreicht: der unheiligen Allianz angehöriger Arbeiterparteien mit dem imperialistischen Großkapital zur Niederhaltung der Arbeiterinteressen.

Und womit begründen die Schumacher, Bevin, Knothe, Opprecht, Högner usw. ihre Haltung? Sie sagen, die Kommunisten seien vom Ausland abhängig!

Ein Mes-erheld
Baden-Baden hat eine Affäre. Im März 1946 vertraute man die chirurgische Abteilung des Städtischen Krankenhauses einem gewissen Dr. Kraemer an. Der neue Chefarzt entfaltete eine rege Tätigkeit; er operierte häufig und, wie man sagt, gelegentlich auch mit Erfolg. Ob die 66 tödlichen Ausgänge, die in den neun Monaten seines Wirkens zu verzeichnen waren, demgegenüber viel oder wenig bedeuten, können wir in unserem Laienverständnis nicht entscheiden. Einem medizinischen Kollegen scheint es immerhin seltsam vorgekommen zu sein: er spielte den Sherlock Holmes und stellte fest, daß es sich bei dem Dr. Kraemer weder um einen Doktor noch um einen Arzt handele, sondern um einen verkrachten Medizinstudenten und späteren Sanitätsfeldwebel, der es nebenher in Königsberg zum Adjutanten einer SA-Standarte gebracht haben soll. Vorbestraft war er auch wiederholt, so wegen gewerbsmäßiger Abtreibung in Kiel mit dreieinhalb Jahren Gefängnis. Da kaum anzunehmen ist, daß diese Fakten den maßgeblichen Baden-Badener Herren als ausreichender Befähigungsnachweis für den Posten ihres städtischen Chefchirurgen erschienen sein können (wir sind bereit, vieles zu glauben, aber dieses denn doch nicht!), so bleibt nur zu schließen erlaubt, daß man die Stellung besetzt hat, ohne die Qualitäten des Bewerbers zu prüfen. Einige Verantwortliche sind bereits zurückgetreten, sie haben, wie man zu sagen pflegt, die Konsequenzen gezogen. Aber das dürfte ein Irrtum sein: es werden ganz andere Konsequenzen für die Herren eintreten müssen. Die Anklagebank, auf der der falsche Chirurg Platz nehmen wird, diese Anklagebank werden auch die für seine Anstellung Verantwortlichen drücken müssen. Und wenn jener sich wegen der Tötung von Menschen zu verantworten haben wird, so werden diese wegen Begünstigung oder Beihilfe abzuurteilen sein. Und das mit Recht; denn ehe man einem Menschen ein Mordinstrument in die Hand drückt, überzeuge man sich gefälligst, mit wem man es zu tun hat.

Haus der Barmherzigkeit
Im fünften Kapitel des Johannesevangeliums spricht der Evangelist vom Teich Bethesda zu deutsch „Haus der Barmherzigkeit“. Kranke suchten in seinen Wassern Heilung von den Gebrechen des Leibes und der Seele. Nach dem biblischen Vorbild nennen sich auch in Deutschland Häuser der christlichen Barmherzigkeit. So befindet sich in Frankfurt a. M. ein Erziehungsheim „Bethesda“ für sittlich gefährdete junge Mädchen, dessen Aufgabe es sein sollte, diese jungen Menschen wieder als vollwertige Glieder in die soziale Gemeinschaft zurückzuführen. An die Leiter und Erzieher solcher Heime müssen höchste ethische und pädagogische Anforderungen gestellt werden, und die Lehren des großen Kinderfreundes Jesus von Nazareth sollten ihnen oberster Leitgedanke sein.
Wir haben uns aber getäuscht und die vielgerühmte christliche Nächstenliebe hat in dem Frankfurter Heim restlos versagt. Das „Haus der Barmherzigkeit“ mußte durch Verfügung des Oberbürgermeisters von Frankfurt sofort geschlossen und die Insassen in andere Heime überführt werden, weil die bedauernswerten Kinder von ihren christlichen Betreuern in unanschaulicher Weise mißhandelt worden sind.
Die KZ-Methoden sterben scheinbar in der Demokratie auch unter dem Zeichen des Kreuzes nicht aus.

DER NEUE TAG
Volkszeitung für Baden und Württemberg
Chefredakteur: Dr. Karl Bittel
Redaktions- (776) Offenburg, Kornstr. 1, Tel. 1374, Telegramm-Adresse: Neutag, Offenburg. — Verlag: Süd-West-Verlag, e. G. m. H. (770) Offenburg, Hauptstr. 119, Postfach 161. Fernruf 2227. — Erscheint Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis monatlich 1,40 Mk. einschl. Trägerlohn, bei Postberzug zuzügl. Bestellgeld. — Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg

große Mehrheit unseres Volkes bereift gemacht haben wird, mit uns eine wirkliche Demokratie und deren Sicherung durch die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel zu erkämpfen. Zunächst müssen die auf die Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Machtstellung bedachten reaktionären Kreise, die heute demokratisch frisierten Drahtzieher des Dritten Reiches, isoliert und dadurch unschädlich gemacht werden. Sie versuchen auch heute schon wieder mit allen Mitteln dem kapitalistischen Profitsystem und der rein äußerlichen Demokratie des Bürgertums mit Hilfe der ängstlich um ihre persönliche Freiheit, um die Erhaltung ihres vermeintlichen bedrohten Privateigentums oder um ihre Sonderstellung als Berufsbeamten bangenden Zwischenschichten neuen Auftrieb zu geben.

Die Massen der Wahlberechtigten müssen politisch denken lernen und wissen, daß die Stimmabgabe bei der Wahl keine geheiligte Handlung zum Schutz der angeblich vom „Marxismus“ mit Vernichtung bedrohten christlichen Weltanschauung ist, sondern eine politische Willensäußerung unseres Volkes zur sinnvollen Umgestaltung der staatlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen unseres Lebens. Zu allererst aber müssen die dringenden Probleme der Ernährung, der Bekleidung, des Wohnungsbaus, der Rohstoffbeschaffung, der wirtschaftlichen Reorganisation, der politischen Säuberung gelöst werden, die die unbedingte Demokratisierung von Staat und Wirtschaft erforderlich macht.

Wir wissen außerdem, daß die Bestimmungen des Völkerrechts den Besatzmächten nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ohne weiteres die Möglichkeit geben, die uns in einer Verfassung garantierten Rechte jederzeit praktisch aufzuheben.

Die Kommunistische Partei sticht darum auf dem Standpunkt, daß Rahmengesetze über den vorläufigen Aufbau der Verwaltung, der Wirtschaft und des Wiederaufbaus in der gegenwärtigen Situation ausreichend wären und daß eine solche Regelung der bestehenden Wirklichkeit

Rechnung trüge. Es wäre unserer Meinung nach besser, mit der Ausarbeitung einer Verfassung zuzuwarten, bis der Friedensvertrag mit Deutschland geschlossen, die Kriegsgefangenen zurückgeführt und unser Volk das Vertrauen der Alliierten in einem Maße zurückgewonnen hätte, daß es in völliger Freiheit seine Zukunft selbst gestalten könnte.

Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz haben dem deutschen Volke die wirtschaftliche und damit die nationale Einheit unter bestimmten Voraussetzungen garantiert. Bei den Besprechungen der Außenminister der Großmächte in New York wurde uns die Inangriffnahme der Verwirklichung dieser Einheit in Aussicht gestellt. Bei den Verhandlungen, die im März in Moskau stattfanden, sollen die zukünftigen Grenzen Deutschlands, sein staatlicher Aufbau und die Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland festgelegt werden. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß Deutschland zu einem nicht fernen Zeitpunkt als einheitlicher Staat mit einer für alle seine Teile gültigen Verfassung konstituiert sein muß. Es ist einleuchtend, daß, wie auch immer der deutsche Staat aussehen wird, zwischen der deutschen Verfassung und den Verfassungen seiner einzelnen Länder keine wesentlichen und grundsätzlichen Unterschiede bestehen können.

Je mehr Verfassungen aber beschlossen werden, die das besondere Gepräge der politischen Verhältnisse und der Auffassungen der augenblicklichen Mehrheiten in den einzelnen Ländern tragen, umso schwieriger wird es sein, eine organische Einordnung der Länderverfassungen in die deutsche Verfassung zu vollziehen, ganz abgesehen davon, daß die Grenzen der neuen deutschen Einzelstaaten erst nach den Moskauer Besprechungen festliegen werden.

Besonders kompliziert liegen die Dinge für Baden und Württemberg. Bekanntlich sind die nördlichen Teile beider Länder in der amerikanischen Zone zu einem Staat Württemberg-Baden zusammengeschlossen, dessen Verfassung bereits durch Volksabstimmung in Kraft getreten ist. Wenn

um auch noch die beiden südlichen Landesteile in der französischen Zone durch ihre Landesversammlungen jeweils eine spezielle Verfassung ausarbeiten, dann bestünden allein in diesem relativ kleinen Gebiet Deutschlands drei von einander verschiedene Verfassungen. Es wurde deshalb schon angeregt, die Verfassung der nördlichen Landesteile bei uns in Südbaden und Südwürttemberg unverändert zu übernehmen. Aber schon melden sich Widerstände aus Südwürttemberg und es ist durchaus möglich, daß die Landesversammlung Südbadens ebenfalls eine besondere Verfassung ausarbeiten und beschließen wird. Ein — allerdings völlig unzulänglicher — Entwurf liegt bereits vor, über den noch Einiges sehr deutlich gesagt werden müßte, wenn er nicht in der Versenkung verschwindet.

Wäre es nicht auch wegen dieser besonderen Verhältnisse in Baden und Württemberg zweckmäßiger, mit einer Verfassung Südbadens zuzuwarten, bis über Deutschlands Grenzen und seinen Staatsaufbau ein Beschluß der Alliierten vorliegt und ein vom Kontrollrat anerkannter Verfassungsentwurf, in den die Länderverfassungen eingeordnet werden können? Wäre es nicht besser, mit einer Verfassung zu warten, bis Baden und Württemberg zu einem Gliedstaat der deutschen Republik vereinigt sind, was aus den verschiedensten Gründen äußerst wünschenswert wäre?

Die Kommunistische Partei wird sich trotz aller dieser Bedenken und Erwägungen, die um der Klärung der Lage willen auszusprechen notwendig waren, auch in Südbaden an der Ausarbeitung einer Verfassung beteiligen. Sie sieht praktisch keine Möglichkeit, die Inangriffnahme der besonderen Aufgabe, die der Beratenden Landesversammlung gestellt ist, hinauszuschieben. Sie ist bereit, alles daranzusetzen, um gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei und allen fortschrittlichen Abgeordneten eine Verfassung zustande zu bringen, die unserem Land im Rahmen der deutschen Republik eine freiheitliche, demokratische und gerechte Ordnung sichert.

Bargeschäft oder Kunsttrödlerei?

Ein Strauchritter schreibt einen Brief - verjagter Feudalherr will badische Bauernleger beerben

Dringend! ... den 19. X. 46, 15.15 Uhr
Sehr geehrter Herr ...!

Leider treffe ich Sie nicht an, da möchte ich versuchen, auf diese Weise mit Ihnen in Kontakt zu kommen. Herr X., Z-hof bei G. riet mir, einmal bei Ihnen zwecks Vermittlung einer Landwirtschaft vorzusprechen. Sie hätten ihm mit Erfolg dies schöne Gut (folgt Name) vermittelt. Ich suche einen Gutshof in einer Größe von 20 bis 200 bad. Morgen zu kaufen, evtl. auch zu pachten (mit Vorkaufsrecht) im Hegau oder Saemertal — oder auch Pfullendorfer oder Sigmaringer Gegend, Bodenseegegend — auch Kreis Ravensburg-Lindau. Wenn ein techn. Nebengewerbe dabei wäre, ist das durchaus kein Unglück! Auch Gasthaus, Obstkellerei, oder Kl. Brenneri — oder Sägegatter. Wenn im Idealfalle im Rahmen bis zu 100 ha der Rest der Fläche Wald ist, würde dies die glücklichste Lösung sein, auch Obstplantagen, einige hundert oder weniger Obstbäume, kurz, was einem das Füllhorn des erwünschten Glückes beschern soll und schwerlich wird! Auf eine kl. Brauerei verstehe ich mich auch oder ein kl. Kalkwerk — oder Kiesgruben usw. wenn das im Rahmen eines Anhängsels sich befindet. Ich bin aber auch mit einem beschiedenen alleinigen Bauernhof in der 20 Morgengröße zufrieden gestellt, da man sich den Idealfall ja nicht malen kann, sondern nur wünschen. Nun möchte man doch annehmen, daß im Zuge der jetzt auch in der franz. Zone anlaufenden Bodenreform etwas zu machen sein müßte! Da ich Fachlandwirt bin, vom Osten (Schles.) nach die Polen — in Thüringen durch die Russen enteignet, verdrängt, so glaube ich in den vielleicht geforderten Vorbedingungen zu dieser Siedlung auch zu entsprechen. Wenn beim Grafen Bodmann etwas frei wird oder beim Markgrafen — oder beim Grafen Douglas — oder Hohenzollern — oder Fürstenberg, dann bitte ich für mich wachsen zu sein. Ohne Zwang geben diese Feudalherrschaften z. Zt. nichts ab; auch ist dies Thema in Verbindung mit der Bodenreform — wenn es von mir angeschnitten wurde — als eine Art „Ungezogenheit“ empfunden worden; daher glaube ich, wenn ein gewerbsmäßiger Neutraler sich ihnen empfiehlt, ein ganz „ander Ding ist und wir in unserem Falle dann eher „zu Streiche kommen.“ —
Würden Sie mich bitte unter Hausen im Tal

Nr. 3 anrufen, wenn Sie etwas Passendes hätten. Ich würde dann sehen, so bald wie möglich die Besichtigung mit Ihnen vorzunehmen. Vielleicht beschaffen Sie sich inzw. eine Gutsbeschreibung (Exposé) (Bilder?) und Preisforderung. Es handelt sich bei mir um ein Bargeschäft, vielleicht gebe ich einen transportablen Kunstgegenstand in Zahlungsausgleich.

Achtungsvoll
Bernhard Prinz v. Sachsen-Meiningen

Nein! Sie haben schon richtig gelesen. Es ist wirklich der arme Ostflüchtling Prinz Bernhard v. Sachsen-Meiningen, der aus dem „Füllhorn des erwünschten Glückes“ der kommenden Bodenreform ein feudales Gütlein mit Gasthaus, Obstkellerei, kleiner Brenneri, Sägegatter, Wald, Obstplantage, Brauerei, Kalkwerk und ähnlichem „Anhängsel“ auf Kosten der „Feudalherrschaften“ Bodmann, Douglas usw. erhofft. Auf die von Deutschen durchgeführte demokratische Bodenreform in der Ostzone ist er natürlich schlecht zu sprechen und behauptet verleumderisch, er sei „in Thüringen durch die Russen enteignet“; aber die

Bodenreform im Westen war ihm gerade gut genug als Schreckgespenst, mit dem er seine Verwandschaft zu erpressen suchte. Weil diese sich nicht erpressen ließ — Bauernlegen ist nur schön, wenn man es selbst betreibt —, versucht er es jetzt durch Vermittlung eines „Neutralen“, wie es in der Diplomatsprache heißt. Fürwahr ein würdiger Nachfahre der großen Bauernleger, auf dessen Verwandschaft die Bodmann, Markgraf von Baden, Douglas, Hohenzollern und Fürstenberg stolz sein können.

Nebenbei eine Frage: Wie kommt Herr Bernhard Prinz v. Sachsen-Meiningen zu seinem „äußerst wertvollen transportablen Kunstgegenstand“? Wir erinnern uns dunkel, daß erst kürzlich ein Mitglied seiner Familie in eine üble Schiebergeschichte mit Gemälden verwickelt war. Vielleicht interessiert sich einmal die Polizei für das Schloß Werenwaag bei Hausen im Tal und dessen Bewohner, der unseres Wissens Prinz Bernhard v. Sachsen-Meiningen heißt. tungsgelegenheit für landlose, weil verjagte tungsangelegenheit für Landlose, wie verjagte Strauchritter, sondern die Sache der Bauern, Pächter und Landarbeiter“ die dadurch genügend Land zu eigen erhalten sollen!

Das vergewaltigte Recht

Anklage gegen 16 führende Nazi-Juristen

Nürnberg. Der Hauptankläger der Vereinigten Staaten für die Kriegsverbrecher-Prozesse, General Telford Taylor, überreichte dem Generalsekretariat des Nürnberger Militärgerichtshofes die Anklageschrift gegen 16 ehemalige Staatssekretäre im Justizministerium und Nazijuristen.
Angeklagt sind: Josef Altstätter, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung VI des Reichsjustizministeriums, Paul Barnickel, Reichsanwalt beim Volksgerichtshof, Wilhelm von Ammon, Ministerialrat der Abteilung IV im Reichsjustizministerium und Sachbearbeiter von Verfahren gegen Ausländer, Hermann Cuhorst, Senatspräsident beim Sondergericht in Stuttgart und Präsident des ersten Strafsenats beim Landgericht in Stuttgart, Karl Engert, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilungen V und XV des Reichsjustizministeriums und Vizepräsident des Volksgerichtshofes, Günther Joel, Referent des Reichsjustizministers in Straf-

verfolgungsfragen und Generalstaatsanwalt von Westfalen-Hamm, Herbert Klemm, Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung II im Reichsjustizministerium, Ernst Lautz, Oberreichsanwalt des Volksgerichtshofes, Wolfgang Metzger, Ministerialdirektor der Abteilung IV des Reichsjustizministeriums, Günther Nebelung, Präsident des 4. Senats des Volksgerichtshofes und Ortsgruppenleiter im Führerkorps der NSDAP, Rudolph Oschey, Landgerichtsrat beim Sondergericht in Nürnberg und Nachfolger des Angeklagten Rothaug, als Landesgerichtsdirektor beim gleichen Gerichtshof, Mitglied des Führerkorps der NSDAP auf der Gauleiterstufe (Gauhauptstellenleiter) und kommissarischer Leiter des NS-Rechtswahrerbundes, Hans Petersen, Landrichter des ersten Senats des Volksgerichtshofes und Obergruppenführer in der SA Oswald Rothaug, Reichsanwalt beim Volksgerichtshof, ehemaliger Präsident des Sondergerichts in Nürnberg, Mitglied des Führerkorps der NSDAP auf der Gauleiterstufe, Curt Rothenberg, Staatssekretär im Reichsjustizministerium, stellvertretender Präsident der Akademie für deutsches Recht, Gauführer im NS-Rechtswahrerbund, Franz Schlegelberger, Staatssekretär, stellvertretender Reichsjustizminister, Karl Westphal, Ministerialrat der Abteilung IV des Reichsjustizministeriums und offiziell verantwortlich für Fragen des Strafverfahrens und des Strafvollzugs innerhalb des Reiches, sowie Ministerialbeamter für Nichtigkeitsbeschwerden gegen gefällte Urteile.

Den Angeklagten wird gemäß der Anklageschrift vorgeworfen, zur Unterstützung der Machtpolitik Hitlers das deutsche Rechtswesen vergewaltigt und als Anstifter oder Mitbühler Morde, Plünderungen und Folterungen an deutschen und ausländischen Staatsangehörigen verübt zu haben.

Nürnberg. Die Verhandlung gegen den früheren Ministerialdirektoren Hans Fritzsche vor der Nürnberger Spruchkammer I für Großfälle beginnt voraussichtlich am 27. Januar 1947. Als Beisitzer zu den Verhandlungen werden unter anderem drei Vertreter der Parteien und ein Vertreter der Presse zugezogen werden.

Für eine staatliche Gehörlosenschule

Ueber die unhaltbaren Zustände der Gehörlosensbildung im südbadischen Gebiet erhalten wir weiter Zuschriften, die alle in der Empörung darüber übereinstimmen, daß hier eine Untat der Nazis gerechtfertigt und aufs Neue verübt werden soll. Herr Regierungsrat Krauthemer, der Verantwortliche im Unterrichtsministerium in Freiburg aber schwieg. Doch er hmadet. Auf seine Veranlassung hat das Wohlfahrtsamt Offenburg neuerlich an die Mutter eines in Hofweier wohnenden gehörlosen Schulanfängers die Anweisung gegeben, diesen nach Herten zu verbringen, obwohl es sich nach dem fachärztlichen Gutachten der Ohrenklinik Freiburg um einfache Taubheit handelte. Die das Auto begleitende Schwester sagte der nicht gefügigen Mutter, die katholischen Gehörlosen kämen nach Herten, die evangelischen nach Kork!

Was ist diese St. Josephs-Anstalt in Herten? Eine „Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalt für Geistesschwache und Epileptische katholischer Konfession“, für „hörende, taub- und hörstumme, sprachgebrechliche, blinde und körperlich verkrüppelte Kinder“. Es handelt sich also um Geisteschwache. Infolgedessen ist auch die angegliederte Schule eine sog. Hilfsschule, d. h. ihre Schüler sind mehr oder weniger geistesschwach und können dem normalen Unterricht (der Volksschule) aus diesem Grunde nicht fol-

gen. Das gleiche gilt in den allermeisten Fällen auch für die dort befindlichen Gehörlosen. Seit Jahrzehnten werden die nicht bildungsfähigen oder sehr schwach begabten Gehörlosen aus den staatlichen Anstalten alljährlich ausgeschieden, um solchen Schwachsinnigenanstalten zugewiesen zu werden.

Es soll kein Mißtrauen gegen die nützliche Arbeit der Schwachsinnigenanstalten verbreitet werden, ihre verdienstvolle Tätigkeit sei uneingeschränkt anerkannt. Aber entschieden verurteilt werden muß die Erziehung normalbegabter Gehörloser in einer Schwachsinnigenanstalt.

Wir sind außerdem gegen eine konfessionelle Aufteilung der gehörlosen Schüler, und zwar aus praktischen und pädagogischen Gründen. Wir fordern daher nochmals die unverzügliche Aufnahme des Unterrichts geistig gesunder Gehörloser in einer simultanen staatlichen Anstalt!

Wir haben im NEUEN TAG mehrfach die Forderung erhoben, daß die durch die Nazis vor drei Jahren stillgelegte Staatliche Gehörlosenschule in Gengenbach wieder in Betrieb kommen soll und sind überzeugt, daß bei gutem Willen der Behörden das sofort möglich ist.

Betriebsräte in der sowjetischen Zone

Das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft wird durchgesetzt - FDGB stützt die Arbeit

Zum Abschluß des Jahres 1946 kann man mit ruhigem Gewissen einen Aufschwung der Betriebsrätearbeit in der sowjetisch besetzten Zone während dieses Jahres feststellen. Schon Anfang 1946 kam es in vielen Betrieben, in denen es bis dahin keine Betriebsräte gegeben hatte, zur Wahl von Betriebsvertretungen. Noch eindeutiger als bisher erstreckte sich die Tätigkeit der Betriebsräte auf alle Zweige des betrieblichen Lebens. Ein stärkerer Aufschwung trat dann nach dem Erscheinen des vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Betriebsrätegesetzes ab April 1946 ein. In Gewerkschafts- und Betriebsrätekreisen kam es sofort zu lebhaften Diskussionen über dieses Gesetz. Es gab auch Stimmen, die den Sinn des Gesetzes und den Wert verkanteten und nicht begriffen, daß das Gesetz keine ergänzenden „Ausführungsbestimmungen“ nötig macht, sondern daß es durch die Aktivität und Initiative der Gewerkschaften und Betriebsräte mit Leben zu erfüllen ist. Der Beschluß des Bundesvorstandes des FDGB, auf der Grundlage des neuen Gesetzes im Juli die Betriebsrätewahlen durchzuführen, setzte dann auch an die Stelle solcher Diskussionen das zweckmäßige Handeln. Die Wahlen brachten der Betriebsrätearbeit einen starken Erfolg: In 44 000 Betrieben der sowjetischen Zone (außer Berlin) wurden 118 000 Betriebsräte, darunter 23 000 Frauen und über 8000 Jugend-Betriebsräte, gewählt. Das bedeutet die Wahl von vielen Betriebsräten auch in solchen Betrieben, in denen es bis dahin noch nicht zur Bildung von Betriebsräten gekommen war.

Dieser Aufschwung kam auch in den folgenden Betriebsrätevollversammlungen zum Ausdruck: Zu Tausenden traten die Betriebsräte in den größeren, zu Hunderten selbst in den mittleren und kleineren Städten zusammen, um über ihre Aufgaben zu beraten. Gleichzeitig erwies sich die Notwendigkeit, neue Schulungsmethoden anzuwenden, die die Schulung nicht nur von wenigen Hunderten, sondern von Tausenden von Betriebsräten ermöglichen und die Belegschaftsvertreter unmittelbar bei der praktischen Arbeit anleiten. Im Land Sachsen wurde die brauchbarste Methode einer gleichzeitig breiten und tiefen Betriebsräteschulung zuerst gefunden und beginnt sich von dort aus auf die übrigen Länder der sowjetischen Besatzungszone auszubreiten. Schon die Betriebsräteversammlungen hatten zu einer starken Demokratisierung des betrieblichen Lebens geführt.

da dabei den Betriebsräten ihre Aufgaben von den Belegschaften selbst gestellt wurden.

Als erste entscheidende Aufgabe stand dann vor den neugewählten Betriebsräten die arbeitsrechtliche Verankerung des Mitbestimmungsrechtes durch den Abschluß betrieblicher Vereinbarungen auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes.

Auch von dieser Seite her wurde dem Betriebsrätegesetz Leben eingehaucht. Der Abschluß betrieblicher Vereinbarungen ging allerdings nicht reibungslos vor sich. Da das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Form für die bisherigen Begriffe des deutschen Arbeitsrechts neu ist, indem es an Stelle zahlloser Paragraphen die Initiative der Betriebsräte setzt, mußten sich diese mit diesen neuen Begriffen erst auseinandersetzen. Aber auch das geschieht, und heute gibt es bereits viele abgeschlossene Vereinbarungen über das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in der sowjetischen Besatzungszone, wobei diese Zahl allerdings noch längst nicht genügt, denn sie müssen selbstverständlich in allen 44 000 Betrieben, in denen Betriebsräte fungieren, abgeschlossen werden.

Der Abschluß der Betriebsvereinbarungen geht nicht völlig ohne Konflikte vor sich. In manchen Betrieben weigerten sich die Unternehmer, den Abschluß zu tätigen.

Es scheint manchen Unternehmern unfaßbar zu sein, der Belegschaft das Recht der Mitbestimmung in Bezug auf Produktion, Preisbildung und Arbeitsbedingungen einzuräumen. Sie müssen jedoch begreifen, daß die alte Zeit des „Betriebsführer“-Prinzips und der zum Schwelgen verurteilten „Gefolgschaft“ vorbei ist. Die neue Demokratie erfordert die Mitarbeit und Mitverantwortung der Arbeiter und Angestellten.

Noch ein weiterer Artikel des neuen Betriebs-

rätegesetzes wurde bereits in diesem Jahre in die Tat umgesetzt: Es ist jener, der die Abgabe von Vierteljahresberichten der Betriebsräte vor den Belegschaften fordert. Das ist in der sowjetischen Zone zum ersten Male im November geschehen. Auch dabei gab es noch Schwächen, aber der Anfang ist gemacht und die Behandlung der nächsten Vierteljahresberichte im Februar dieses Jahres wird zweifellos schon umsichtiger und lebhafter vor sich gehen.

So sehen wir, wie in der sowjetischen Besatzungszone das vom Alliierten Kontrollrat erlassene Betriebsrätegesetz lebendig wird, wie es in den Händen der Gewerkschaften, Betriebsräte und Belegschaften ein Instrument des Mitbestimmungsrechtes zu werden beginnt. Diese wichtige Linie der Arbeit gefunden zu haben, ist das positive Ergebnis der Betriebsrätearbeit des FDGB im Jahre 1946.

Nicht überall in der sowjetischen Zone ist der Stand der Betriebsrätearbeit gleich. Dort, wo es in den FDGB-Vorständen und denen der Industriegewerkschaften wirklich arbeitende Betriebsräte-Abteilungen und wo es in den Orten arbeitende Betriebsräte-Ausschüsse aus Betriebsräten der wichtigsten Betriebe gibt, die die Arbeit der Betriebsräte ständig beraten und anleiten, ist der Stand der Arbeit ein bedeutend besserer als dort, wo solche Abteilungen und Ausschüsse nicht vorhanden sind und es daher an konkreter Anleitung dieser Arbeit mangelt. Die Bildung solcher Betriebsräteabteilungen und Betriebsräte-Ausschüsse in allen FDGB- und Industriegewerkschafts-Vorständen und in allen Orten ist daher eine der dringenden Aufgaben, die vor dem FDGB und den Industriegewerkschaften stehen.

Fallersleben — unterstützten die Streikenden durch Hingabe eines Stundenlohnes. Der Kampf der Bodebelegschaft hat jetzt mit der Unterzeichnung der Betriebsvereinbarung durch den Unternehmer zu einem vollen Sieg der Arbeiterschaft geführt, und die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Auch die südbadischen Arbeiter werden in nächster Zeit Betriebsvereinbarungen mit ihren Arbeitgebern abschließen müssen, wenn die Betriebsrätewahlen überall durchgeführt sind. Kommt es dann auch hier zu Arbeitskämpfen, dann wollen wir uns der Bode-Arbeiter erinnern, deren Erfolg uns gezeigt hat, daß die Werktätigen ihre demokratischen Wirtschaftsziele immer erreichen können, wenn sie solidarisch in den Kampf treten.

Ein voller Sieg im Arbeiterkampf

Wirtschafts-Spiegel

Berlin. In der sowjetischen Besatzungszone ist eine feste Preispolitik festgelegt worden. Im allgemeinen bilden die Preise nach dem Stande von 1944 die geschäftliche Grundlage aller wirtschaftlichen Abmachungen. — Bei der deutschen Zentralfinanzverwaltung wird eine Kontrollstelle eingerichtet.

Erfurt. In der thüringischen Lederindustrie konnte die Auflage in der Erzeugung von Lederschuhen wesentlich überschritten werden. Es war möglich, dem Zivilkredit im IV. Quartal 1946 463 000 Paar Schuhe zur Verfügung zu stellen.

Zwickau. Die Belegschaften der Zwickauer Betriebe führten einen Streik an der Volkssolidarität für die Zwickauer Neubürger ab. Der Erlös aus Betriebsveranstaltungen, Feiern und Sprechstunden der Betriebsangehörigen soll Umsiedlern zur Verfügung gestellt werden.

Halle. Der Gesetzentwurf der SED im Landtag der Provinz Sachsen-Anhalt, der die Ueberführung aller Bodenschätze und der Bergbauindustrie in das Eigentum des Landes fordert, hat bei den Belegschaften der Betriebe ein starkes Echo ausgelöst. In Entscheidungen beauftragten die Belegschaften das Programm, dessen Annahme eine weitere Steigerung der Produktion für friedliche Zwecke herbeiführen würde. Der Gesetzentwurf wird z. Z. im Wirtschaftsausschuß des Landtages beraten.

London. Zwischen der „Anglo-Iranian Oil Company“ und der „Standard Oil Company“ ist über den Verkauf von persischem Rohöl ein wichtiges Abkommen abgeschlossen worden. Hiernach soll die englisch-iranische Gesellschaft, deren Hauptaktionär die britische Regierung ist, während 25 Jahren Rohöl an zwei amerikanischen Gesellschaften verkaufen.

Paris. Die Weltkammer 1946/47 wird auf 26,5 Millionen Tonnen, also 4,5 Millionen Tonnen mehr als 1945/46, geschätzt. Damit bleibt der Weltmarkt immer noch um 4,5 Millionen Tonnen unter der Friedensrate von 1939, während die Nachfrage stärker als vor dem Krieg ist.

München. Nach Mitteilung des bayerischen Landeswirtschaftsamtes ist zu Anfang des Jahres mit dem völligen Ausfall der Seifenproduktion zu rechnen, weil die Fettzufuhr für die chemische Industrie auf ein Minimum gesunken ist. Im Zusammenhang mit diesem Einfuhrmangel sind Stilllegungen in der Seifen-, Textil-, Leder- und Schiffsbekleidungsindustrie zu rechnen.

Berlin. Seit dem 16. Dezember wieder sind die Belegschaft der Berliner Metallfirma Rudolf Wiedemann im Streik, weil der Firmeninhaber die Annahme einer Betriebsvereinbarung abgelehnt hat.

Bravo, Kumpels!

Betriebsrat arbeitet trotz nazifreundlicher Werksleitung

Der Betriebsrat der Mannesmann-Röhrenwerke Remscheid hatte bei der Werksleitung den Antrag gestellt, daß ohne Gegenzeichnung der Passierscheine durch den Betriebsrat nichts aus dem Werk entnommen werden dürfe. Dies lehnte die Werksleitung ab.

Said, der Träumer, die Erzählung von Hermynia zur Mühlen, wird in der nächsten Nummer des NEUEN TAG fortgesetzt.

Werksleitung ab. Der Betriebsrat stellte seither fest, daß der Nationalsozialist Issermann sich vom Werk Kohlen abholte, obwohl er nicht mehr zum Betrieb gehörte. Ferner wurde festgestellt, daß ein zwar entnazifizierter, aber von der Belegschaft einstimmig abgelehnter Betriebsangehöriger sich eine Autoladung Koks abholte.

Der Betriebsrat beschloß auf Grund dieser Vorkommnisse in seiner letzten Sitzung, von sich aus einen Kollegen zu beauftragen, alles, was aus dem Werk herausgeht, zu kontrollieren.

8. Januar 1947 / DER NEUE TAG / Nr. 2 Seite 3

Mietgesuche
Kinderloses Ehepaar (beide berufstätig), sucht möbl. Zimmer mit Küchenbenützung (evtl. auch leeres Zimmer) in Offenburg. Angeb. erbeten unter 32-319 an DNT, Offenburg.

Große 4-Zimmerwohnung in Radolfzell gegen kleinere 4-Z.-Wohnung (evtl. amerik. Zone) zu tauschen. Zuschriften unter Nr. 32-307 an DNT, Offenburg. Postfach 361.

40j. anhanglose Dame (aus der Branche) wünscht kl. Kaffee od. Pension zu pachten. Kautionsfrei gestellt. Angeb. an Fr. Rita Brüll (2) Lehde 1 b. Lüb.-benau i. Spreew., Gasthaus zum „Fröhl. Hecht“. (Wu-1)

Landwirtschaft, ca. 10 Tagwerk, zu pachten oder bewirtschaften gesucht. Zuschr. unter Nr. 306 an Annoncen-Expedition „Allgäu“, Lindenberg im Allgäu. Schließfach 59. (AG-1)

Verreibungen
Kautionsfähige Herren für Alleinvertretung gesucht. Angebote unter Nr. 10 588 an Westf. Anz.-Vermittlg. Bielefeld, Postfach Nr. 123. (WV-2)

Kaufgesuche
Brennrecht mit oder auch ohne Brenngeschirr wird zu kaufen gesucht. Es können neue Faß und Stühle in Zahlung gegeben werden. Angebote unter 32-321 an DNT, Offbg., Postfach 361.

Personenwagen, fahrbereit, von Verlag gegen gute Bezahlung zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 32-217 an DNT, Offenburg. Postfach 361.

Westd. Polstergestellfabrik sucht größ. Posten unsortierter Lumpen aller Art gegen bar oder gibt dafür Möbel mit Matratzen, Polstermöbel oder sonstige Einrichtungsgegenstände in Zahlung. Angeb. unt. WR 40 170 an Reklame-Anzeigen-Gesellsch. (21a) Lemgo b. Bielefeld. Papenstr. 10.

Füchse, Marder, Iltise, Katzen, Kanin usw. kauft zu Höchstpr. Paul Schuchardt, Pelzwaren Baden-Baden, Sofienstr. 16.

Unterricht
Französischer Sprachunterricht erteilt Reifschneider, Freiburg, Kapplerstr. 5. (20-119) Lizenz 642 EDU Gouv. Mill. v. 24. 10. 45

Wir haben unsere Geschäftsräume nach Hauptstraße 115 (ehem. Gasthaus z. Wiede) verlegt
Verlag DER NEUE TAG-Offenburg, — Fernruf 2207.

Verkäufe
Dampfmaschine 15-18 PS, Langsamläufer, Erbauer Schaarer u. Groß, Nürnberg, ist abzugeben oder zu tauschen. Zuschriften unter Nr. 32-320 an DNT, Offenburg. Postfach 361.

Verschiedenes
1 Allstrom Zwerk-Souper Röhrenbestückung 2 x U C H 21, U B L 21-U, Y, 21. Betriebsklar. Suche: Herrenkleidung, Gr. 50-52. Angebot an Blumweg (Baden), Neunkircherstr. 8. (10-106)

Torfmulle, feucht, Braunrot, in jeder Menge sof. frei lieferbar. Friedrich Eckert, Düsseldorf, Karlsplatz 1. Ruf: 25 412. (E-1)

Zu tauschen, kaufen oder leihen gesucht: Le feu (Das Feuer) von H. Barbuisse, Das Wesen des Christentums v. Feuerbach. Geboten werden interessante Werke der Weltliteratur. Zuschriften erbeten unter Nr. 32-300 an DNT Offenburg. Postf. 361.

Die deutschen Zeitungen und Zeitschriften Verzeichnis versendet: K. Allihn, Düsseldorf-Elber. (609)

Briefmarkenalbum Deutschland 1945-1946 mit 10 kompletten Sätzen nur Mk. 40 portofrei! Vorauszahlung! Westzonen: Postcheckkonto Saarbrücken 13 620 - Russische Zone: Postcheckkonto Berlin 39 266. Alfred Brückner, Fachgeschäft seit über 20 Jahren. Berlin - Neukölln, Lichtenraderstraße 56. (Be-1)

Fachzeitschriften „Kleintierzüchter Tierbörse“ (für am. Zone), „Holztechnik“, „Betriebsberater“, „Technik“, Steuerberater“ und weitere durch Zeitschriftenvertrieb Koch, (13a) Amberg (Oberpf.), Postschließfach 157.

Elektrifirmen. Auch in der harten Zeit sichern Ihnen meine Vertriebsfirma mit ausgesuchten Vertreterstäben einen sicheren Umsatz in elektr. Apparaten u. Geräten. Denken Sie deshalb auch heute schon an die Vertriebsfirma, Abtlg. Elektro. Angebote u. 108 an Andi-Anzeigendienst, Konstanz, Bodanplatz 2. (26-106)

Fotofreunde übermitteln uns ständig ihre Wünsche FOTO-Kauf- u. Tausch-Nachweis Nordwest, (23) Norden. (WV-1)

Heiraten
Blondine, 21 Jahre, hübsche Dame, gebildet (mittl. Reife und Pensionat), als Sekretärin tätig, sehr vermög., Geschäftstochter, wünscht Heirat. Briefe unter 2094 an Institut Unbeham, Karlsruhe, Sofienstr. 120. (U-1)

Warum allein sein? Tausende suchen wie Sie. Die Verbindungen zerschneiden, die Familien auseinandergerissen... wie nun den Ehepartner finden? Vertrauen Sie meiner Hilfe! Unverbindliche Beratung durch Inst. für Ehemittlung W. Breisch, (17a) Bödighelm, Kr. Buchen/Baden.

Einsame Menschen finden Gedanken- und den Weg zu Freundschaft und glücklicher Zweisamkeit durch den Briefbund „Der Steg“ (14a) Eislins-Engel-Fils. Näheres gegen Rückporto! (Diskreter Postversand). (G-1)

Suche für meine Schwester, 35 J., mit 2 Kindern, 6 u. 13 J., passenden Ehepartner. Nur ernstgemeinte Zuschriften u. Nr. 32-322 an DNT, Offenburg, Postfach 361.

Angestellter, Anf. 30, schuldl. gesch., wünscht Briefwechsel mit Kriegervitwe od. Witwe I. Alter von 22-28 J. zwecks späterer Heirat. Kreis Lörrach bevorzugt. Möbel- u. Wäschesteuer erw. Bildzuschriften unter Nr. 32-318 an DNT, Offenburg, Postf. 361.

Glückliche Ehen ermöglichen meine langjährige, leistungsfähige Vermittlung für alle Kreise bei reichen Vorkenntnissen. Auch Einheiraten aller Art. Auskunft kostenlos, diskret. Frau Hilde v. Redwitz, Karlsruhe, Beierth. Allee 14a-119.

Geschäftsanzeigen
Rolladen
Aufträge f. Reparatur und Neu-anfertigung können wieder angenommen werden
Alfred Zimmermann, Rolladenfabrik, Freiburg Br., Dreikönigstraße 43. (Z-1)

Wer liefert laufend Werke oder Räder für Groß-Uhrwerke? Kompensation durch Vertrieb des Fertigerzeugnisses möglich. Zuschriften unter Nr. AE 500 an „Süddeutsche Anzeigen-Expedition“ (14a) Aalen/Württ., Friedrichstraße 4. (Br-1)

Fellen aller Art, bis zur kleinsten Nadelfelle, Zahnarztfeilen, Holzraspeln, Schuhmacherraspeln, werden durch mein eigenes Verfahren frisch aufgeschärft. Senden Sie sofort Ihre alten Fellen an mich ein. Lieferzeit nach Eingang 14 Tage. Albert Regas, technische Werkstätte, Griessen/Baden (17b).

Kühe und Ziegen geben mehr Milch durch Belfütterung des seit Jahren bewährten DOLKO-Milchpulvers. Zu haben in Drogerien, Futtermittel-Handlungen usw. Otto Koch, chem. und pharm. Fabrik, Mörtenbach/Odw.

HEUTE NOCH NICHT! Manche Gute, das jetzt noch entbehrt werden muß, wird eines Tages wieder kommen! Das gilt auch für *Rheila* das konzentrierte Hustenmittel. (23c-24-A)

Wir schärfen und erneuern Ihre alten und verbrauchten Werkzeuge, wie Feilen, Raspeln, Feilscheiben, Fräser usw. Lieferzeit 14 Tag bis 3 Wochen. Alt & Co. A.G., Werkzeugerneuerung, Speyer/Rheln, Johannisstr. 22.

Neu-Deutschland-Album f. Stadtposten und Länderausgaben 1945/46, zum Teil mit Marken versehen, abzugeben. Anfragen erbeten unter AV 01 048 an: Anzeigen-Dienst Steudel, Stuttgart-S, Hauptstätterstr. 58 A. (St-1)

Briefmarkensammler! Deutschland-Preiskatalog 1933 bis 1946 sämtl. Werte (besetzte Gebiete, Zonen und Provisorien) gegen Voreinsendung von 3 Mk. u. Freiumschlag oder Nachnahme liefert Cyclos-Verlag (20b) Göttingen, Postschließfach 24. (Z-1)

Städtische Bühnen Freiburg CASINO:
8. Januar, 19.30:
„Hoffmanns Erzählungen“
9. Januar, 19.30 Uhr:
„Die Hochzeit des Figaro“
10. Januar, 20 Uhr:
„Der fidele Bauer“
Kammerspiele:
9. Januar, 19.30 Uhr:
„Kabale und Liebe“ (St-2)

Friedrichsbau - Lichtspiele FREIBURG
Bis einschließlich Mittwoch, 8. 1. 1947, der überall mit großem Erfolg gezeigte Gesellschaftsfilm
Pique Dame
(Dame de pique)
nach der berühmten Novelle von Puschkin, mit deutschen Untertiteln.
Darsteller: Pierre Blanchard, Madeleine Ozeray, Marguerite Morene.
Ab Freitag, 10. 1. 47, zeigen wir vier Darsteller von Rang in einem außergewöhnlichen Film:
Arzt aus Leidenschaft
Albrecht Schönhals, Gerda Maurus, Hans Söhnker, Karin Hardt. (Fr-5)
Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15, 16.30, Samstag nur 14.15 Uhr Vorverkauf an d. Spieltagen 10-12 und ab 13.30 Uhr an der Tageskasse.

Taube Radio-Röhren
Spielt Ihr Apparat nur noch leise und mit schlechter Wiedergabe, so bringen Sie bitte Ihr Gerät zum Funkberater. Röhren können auch eingeschickt werden. Durch meine eigene, neuzeitliche Röhren-Regenerierungsanlage bin ich ab sofort in der Lage, taube Röhren wieder zu verjüngen, dadurch gute Leistung und Wiedergabe. Radio-Lauber, Ihr Funkberater, Freiburg i. Br. Kronenstr. 14a. (1141)

Zuschriften werden von uns nicht beantwortet, sondern nur an den Auftraggeber weitergeleitet.

Stellenangebote
1 Korbmacher gesucht. Guter Lohn u. gute Behandlung zugesichert. Schörrp, Lahr, Waldstr. 8.

Wir suchen laufend Hand- und Maschinenformer, Hilfsarbeiter für die Gießerei, Schlosser und Dreher, bei besten Arbeitsbedingungen. Immendinger Gießerei u. Maschinenfabrik, Jäckle & Co., Immendingen Bd. (32-140)

Stellengesuche
Landwirt, selbständig, 36 Jahre, sucht Stellung als Verwalter auf größerem Betrieb mit Wohngelegenh. zum Frühjahr 1947. Zuschriften unter Nr. 307 an Annoncen-Expedition „Allgäu“, Lindenberg im Allgäu. Schließfach 59. (AG-1)

